

Union in Deutschland

Informations-Dienst

der Christlich-Demokratischen und Christlich-Sozialen Union Deutschlands

Zahlungen an Bundesgeschäftsstelle der CDU Deutschlands, Bonn, Blücherstraße 14, Postscheckkonto Köln 36 531 und Bankverein Westdeutschland, Filiale Bonn 7487

Nr. 49

Bonn, den 21. Juni 1952

VI. Jahrg.

Viermächtepolitik ohne Illusionen

Einmütig von der Rechten bis zur Linken des Hauses — ausgenommen natürlich die Kommunisten — bekundete sich am Mittwoch im Bundestag eine tiefgehende Empörung über die letzten, von sowjetzonalen Seite durchgeführten Terrormaßnahmen an der Zonen-grenze. Regierung, Koalitions- und Oppositionsparteien wandten sich mit harten Anklagen gegen das Regime des Ostens und appellierten mit einer Entschließung an das Welt-gewissen.

Niemand im Plenarsaal und auf den vollbesetzten Tribünen glaubte auch nur ein Wort davon, was kommunistische Abgeordnete zum Thema befehlsgemäß deklarierten. Die bewußt gewahrte, verhältnismäßige Ruhe im Saal darf nicht als ein Zeichen dafür aufgefaßt werden, daß man sich selbst an das dreiste Leugnen von Tatsachen zu gewöhnen beginnt. Aber in weiten Kreisen der Bevölkerung des Westens, der die Herrschaft des sowjetischen Kommunismus noch nicht kennenlernte, scheint man sich nicht der vollen Größe der Gefahr und der furchtbaren Wirklichkeit der Vorgänge hinter dem Eisernen Vorhang bewußt zu sein. Kaum würden sonst die Vertreter Moskaus in Westdeutschland eine solch provozierende Sprache wagen können.

Wenn westdeutsche Kommunisten und die um Pieck und Grotewohl im Brustton der Überzeugung von der Herrschaft des Rechts und der Demokratie, vom sozialen und wirtschaftlichen Fortschritt in ihren Bereichen reden, machen es die unwiderlegbaren Beweise vor unserer aller Augen sehr leicht, die Unverschämtheit und offene Gemeinheit dieser Lügen zu beweisen. Scheinbar anders liegen diese Probleme auf der höheren Ebene, im Bereich der Diplomatie des Kreml, der tatsächlich aber mit gleichen Methoden arbeitet, wie ihre größeren ausführenden Organe, die Reimann und Renner.

Im internationalen Verkehr bedient sich der Kreml der hier gegebenen besonderen Mittel, der Noten und der verhaltenen Drohungen. Nicht zuletzt macht er den Versuch, einem Volk, dessen Söhne zu Tausenden, ja zu Millionen von diesem Regime in den Tod getrieben wurden, vorzugaukeln, ausgerechnet Sowjetrußland wolle ihm die Wiedervereinigung seines Vaterlandes, die Freiheit und den Fortschritt bringen. Es kann wahrlich nur die unbewußte Furcht vor einem Zusammenstoß mit diesem unheimlichen Machtgebilde sein, die es sich nicht eingestehen will, daß nur eiserne Härte und Ruhe, nicht ängstliches Nachgeben und illusionäre Hoffnungen, die großen Gegensätze zwischen Freiheit und Unfreiheit in der Welt von ihrer gefährlichen Zündkraft befreien können. Nur wer sich vergegenwärtigt, daß Sowjetrußland bis heute auch noch nicht einen einzigen Beweis echter Bereitschaft, seine terroristischen Expansionsbestrebungen zurückzustecken, gegeben hat, wer weiß, daß wir es heute nicht mehr mit einem in der Führung europäisch bestimmten Rußland,

sondern mit einer rücksichtslosen, asiatischen Diktatorenschicht zu tun haben, so daß alle historischen Vergleiche in der großen Politik hinken müssen, wer sieht, wie Sowjetrußland sein Terrorregime nicht nur in den Satellitenstaaten, sondern in besonderem Maße in dem von ihm besetzten Teile Deutschlands systematisch zu verankern sucht, kann einen gültigen Maßstab finden für die Aussichten auch einer Viermächtebesprechung. Nur wer die Wirklichkeit auch in der großen Politik nicht nur sieht, sondern anerkennt, so, wie sie ist, nicht wie er sie haben möchte, begreift die Notwendigkeit unabdingbarer Voraussetzungen für etwaige Verhandlungen.

Wünsche und noch so schöne Hoffnungen — das ist eine alte Erfahrung — sollten niemals Richtschnur für Meinungsbildung und erst recht nicht für Handlungen sein. Allein erfolgversprechend, auf vielleicht zunächst gefahrvoll scheinenden Wegen doch die Erfüllung dieser Hoffnungen zu erleben, ist der ungetrübte Blick für die Wirklichkeit. Klare Garantien für freie, gesamtdeutsche Wahlen, für eine neutrale Untersuchung der Voraussetzungen für diese Wahlen, für die Freiheiten vor und nach den Wahlen und für die Handlungsfreiheit einer gesamtdeutschen Regierung können

Ein einiger Bundestag

Rund 7500 Deutsche sind bisher als Opfer der neuesten bolschewistischen Willkür in das Gebiet der Bundesrepublik geflüchtet. Ihre Zahl wird sich trotz der scharfen sowjetzonalen Sperrmaßnahmen noch erhöhen, wenn die Militarisierung der Sowjetzone sich weiter ausgewirkt haben wird. Der Beschluß der sowjetzonalen „Parteien“, der Sowjetzonenregierung zu empfehlen, „zur Rettung des Friedens eigene nationale Streitkräfte aufzustellen“, ist nach allen Erfahrungen nichts anderes als eine theatralische Geste, die wieder einmal einen „Volkswillen“ vortäuschen soll. Diese Technik ist genau so unwahrhaftig wie die „Begründung“ der offiziellen Remilitarisierung, die Sowjetzone sei vom Westen her „bedroht“ oder die von der Bundesrepublik unterzeichneten Vertragswerke bedeuteten eine „Gefährdung des Friedens“. Die sowjetzonale Remilitarisierung, die schon seit geraumer Zeit in der Volkspolizei ihre Wirklichkeit gefunden hat, wird nun noch sichtbar und unverhüllt als bisher in Erscheinung treten. An dem Charakter der bisherigen Situation wird auch durch die

nicht erst in Viererberatungen ausgehandelt werden. Sie sind einwandfreie Rechte und deshalb eine Selbstverständlichkeit, um überhaupt eine Grundlage für Besprechungen zu bilden. Die Verhandlungen können sich nur auf die Durchführung dieser Vorbedingungen beziehen.

Panmunjon ist ein Musterbeispiel dafür, daß man sich bei Verhandlungen mit dem sowjetischen Osten nicht nur auf dreimonatige fruchtlose Debatten, wie seinerzeit im Palais Marbre Rose in Paris, sondern sogar auf eine über Jahresfrist hinausgehende Verzögerungsdebatte gefaßt machen muß. Während Panmunjon den Sowjets die gewünschte Atempause gab, ihre Angriffskräfte neu zu stärken, könnte eine bedingungslose Viermächtekonferenz über Deutschland dem um seine Einheit bangenden deutschen Volk und dem sich nach Frieden sehrenden Westen zunächst die Illusion des kommenden Friedens geben und in Wahrheit die Stärkung der westlichen Verteidigungsmacht hinausschieben und sie damit wahrscheinlich ganz illusorisch machen.

An diese Tatsachen, die im unmittelbar sichtbaren Bereich der sowjetzonalen Führung des kalten Krieges uns immer wieder vor Augen geführt und hier auch von allen Parteien einschließlich der SPD anerkannt werden, muß jeder deutsche Politiker denken, gerade, wenn er sich mit dem Problem der Viermächtekonferenz beschäftigt. Über die vier Mächte führt einmal der Weg zur Entspannung und zur Wiedervereinigung Deutschlands, aber daß dieser Weg über Steine und durch Gestrüpp hindurch geht, darüber darf es keine Illusionen geben.

zu erwartenden Scheinbeschlüsse der sowjetzonalen Volkskammer nichts geändert werden.

Trotz der bestehenden Gegensätze in der Beurteilung wesentlicher politischer Fragen haben sich erfreulicherweise alle Fraktionen des Deutschen Bundestages (ausgenommen natürlich die kommunistische Gruppe) zusammengefunden, um gemeinsam mit der Bundesregierung gegen diese brutalen Terror- und Ausweisungsmaßnahmen der Sowjetzonenregierung im Grenzgebiet vor dem deutschen Volke und der gesamten Kulturwelt zu protestieren. Mit vollem Rechte hat der deutsche Bundeskanzler die Tatsache festgestellt, daß die Maßnahmen der Sowjetzonenregierung im Gegensatz zu ihren angeblichen gesamtdeutschen Zielen nur darauf hinauslaufen, eine völlige Abtrennung der sowjetischen Besatzungszone vom übrigen Deutschland herbeizuführen.

Auch der entschiedenste Protest gegen die bolschewistische Barbarei wäre jedoch wenig wirkungsvoll, wenn man nicht gleichzeitig auch eine tatkräftige Hilfelei-

stung für jene ins Auge faßte, die als unmittelbare Opfer der neuen Terrorwelle in das Bundesgebiet geflüchtet sind. Die vom Bundeskanzler angekündigten Schritte, die auch eine gemeinschaftliche freiwillige Hilfsaktion der gesamten Bevölkerung der Bundesrepublik nicht ausschließen, berechtigen zu der Hoffnung, daß hier den Folgen des bolschewistischen Verbrechens an Tausenden unschuldiger Menschen wie auch den Auswirkungen in der Bundesrepublik selbst mit Entschlossenheit wirksam begegnet werden wird.

Einigermaßen erstaunlich wirkte es, daß

Abg. Pelster stellte richtig

Zu der Anfrage der SPD im Bundestage über das Schreiben des Bundeskanzlers an Christian Fette stellte Abgeordneter Pelster (CDU) den wirklichen Tatbestand klar. Er wies darauf hin, daß nach dem positiven Ergebnis der Aussprache in der vergangenen Woche es keineswegs nötig gewesen sei, die Dinge im Bundestag noch einmal aufzurollen. Im einzelnen führte er aus:

„Wenn es in dem Schreiben des Herrn Bundeskanzlers heißt, die Ankündigung gewerkschaftlicher Maßnahmen fällt zeitlich zusammen mit der aus der Sowjetzone kommenden Drohung, das Zustandekommen des Deutschlandvertrages u. a. durch Ausrufung des Generalstreiks in der Bundesrepublik zu verhindern, dann ist das die Feststellung einer Tatsache. Wenn ich mir die Gewerkschaftsblätter ansehe, finde ich darin große Transparente, auf denen solche Aufforderungen zu lesen sind. Der Bundeskanzler hat in seinem Schreiben nicht erklärt, daß das seine Auffassung sei...

In jeder Zeitung hat gestanden: Wir werden nicht den Generalstreik machen, aber Maßnahmen treffen, die viel wirksamer sind. Der nächste Satz in dem Schreiben des Bundeskanzlers lautet dann: „Weite Kreise des deutschen Volkes werden das zeitliche Zusammenfallen unter diesen Umständen nicht für einen bloßen Zufall halten.“ Der Bundeskanzler selbst, wohlgedacht, spricht diese Annahme nicht aus. Es ist auch nicht richtig, den letzten Satz wegzulassen, in welchem es heißt: „Befürchten Sie, Herr Fette, nicht auch, daß aus solchen Dingen eine Schädigung des Ansehens des Deutschen Gewerkschaftsbundes entsteht, daß dem Deutschen Gewerkschaftsbund Ziele politischer Art unterzogen werden, die er selbst auch nicht billigt?“ Abgeordneter Pelster wies in diesem Zusammenhang auf Ausführungen in der „Welt der Arbeit“ hin, angesichts derer eine noch schärfere Tonart im Briefe des Kanzlers verständlich gewesen wäre. In der „Welt der Arbeit“ wurde u. a. der Gesetzentwurf als verzweifelter Versuch der restaurativen Kräfte bezeichnet, unter Verleugnung der soziologischen und gesellschaftlichen Bedürfnisse unserer Zeit einen Zustand gesetzlich zu stabilisieren, in dem der arbeitende Mensch in die Rechtlosigkeit des Frühkapitalismus (1) zurückgeworfen wird. „Wer durch 40 Jahre den Kampf um die Arbeiterrechte geführt hat“, so führte Abgeordneter Pelster weiter aus, „der weiß auch, daß der Frühkapitalismus um die 20er Jahre des vergangenen Jahrhunderts lag. Damals von Arbeitnehmerrechten zu reden, würde doch zu weit gehen. Das, meine Damen und Herren von der Opposition, glauben Sie doch selbst nicht.“

Zu der Behauptung, daß die Sozialpolitik der Bundesregierung weit zurückgeblieben sei, erklärte Abg. Pelster: „Wir, die wir in diesem Hause sitzen, haben

das Häuflein von Kreml-Beauftragten im Bundeshaus, noch dazu durch den Mund einer Frau, einfach wegzuleugnen versucht, was sich in breiter Öffentlichkeit hüben und drüben abspielt. Erfreulich wäre es, wenn die hier dokumentierte Einigkeit aller anderen Parteien des Bundestages auch auf der höheren Ebene der politischen Abwehr und Europaverteidigung sich bewähren würde. Wahrscheinlich würden dann solche Terroraktionen, wie man sie einem uneinigen Volke zu bieten wagt, gar nicht möglich sein.

doch alle die Dinge von 1905, 1906 an wirklich selbst erlebt. Denken wir einmal an die Zeit von 1919 bis 1933 und vergleichen sie mit den sieben Jahren, die jetzt hinter uns liegen. Da müssen wir doch feststellen, daß diese Jahre sozialpolitisch wesentlich fruchtbarer gewesen sind als die Zeit, in der die SPD in der Verantwortung stand.“ Pelster stellte dann durch Vergleiche mit dem alten Betriebsrätegesetz fest, daß das jetzige Gesetz wesentliche Fortschritte bringt. „Daß es Rückschritte gibt gegenüber Ländergesetzen, das gebe ich zu. Aber das ist ja von den Gewerkschaftsvertretern, mit denen wir verhandelt haben, selbst zugestanden worden. Ich sage Ihnen ganz offen: Auch ich denke nicht daran, daß die Arbeitgeber die Konferenzen der Gewerkschaften bezahlen sollen und ich denke nicht daran, das im Betriebsverfassungsgesetz zu verankern, auch wenn es im badischen Gesetz steht.“ Zur sozialpolitischen Gesetzgebung wies Pelster darauf hin, daß innerhalb von zwei Jahren 24 sozialpolitische Gesetze verabschiedet worden sind, 6 weitere Gesetze hat die Bundesregierung inzwischen verabschiedet, 42 Gesetze sind in Bearbeitung. Auch das von Fette kritisierte Kündigungsschutzgesetz verteidigte Abgeordneter Pelster unter dem Hinweis darauf, daß Bührig vom DGB dieses Gesetz eines der besten genannt hat, die geschaffen wurden.

Im Hinblick auf die Verabschiedung des Gesetzes für Kohle und Eisen zitierte Pelster, was ihm am Tage danach einer der ältesten Gewerkschaftskollegen gesagt hat: „Wenn ich an das damalige Gesetzgebungswerk der Sozialversicherung der 80er und 90er Jahre denke und den heutigen stolzen Bau unserer Sozialversicherung sehe, dann muß ich doch sagen: Es ist etwas geleistet worden.“ Pelster schloß mit den Worten:

„Wenn wir in der Frage der Mitbestimmung und der Betriebsverfassung einmal 10 oder 20 Jahre weiter sein werden, werden wir ebenso der Meinung sein, daß das heute erarbeitete und zum größten Teil schon fertige Gesetz sich zum Segen für die Arbeitnehmer, für die Wirtschaft, aber auch zum Segen für unser ganzes Volk und Vaterland ausgewirkt hat.“

Wer die Debatte genau verfolgte, wird nicht wenig verwundert gewesen sein, als einer der sozialdemokratischen Abgeordneten sein Mißfallen über die Beilegung des Konflikts zwischen DGB und Regierung unverhohlen zum Ausdruck brachte. Der nordrhein-westfälische Gewerkschaftssekretär und SPD-Bundestagsabgeordnete Hans Böhm scheute sich nicht auszusprechen,

es sei nicht Sache von Herrn Fette, politische Aktionen der SPD (wohlgedacht nicht des DGB) durch Gespräche im Bundeskanzleramt zu vereiteln! Uns dünkt, eine solche allzu offenerzige Äußerung liegt kaum im Interesse des DGB, aber wohl auch nicht im Interesse der SPD, denn solche spontan ausgesprochenen und aufschlußreichen Wahrheiten passen nicht ganz in das politische Konzept der Sozialdemokratie.

Große Anfragen - kleine Wirkungen

Mit einer Reihe „Großer Anfragen“ im Bundestag glaubte die SPD eine Salve vor den Bug des Regierungsschiffes abfeuern zu können. Zwei dieser Anfragen waren Blindgänger — Weißbuch über Saarfrage und Rechtsgutachten über den EVG-Vertrag —, die dritte war sogar, um im Bilde zu bleiben, ein Rohrkrepiierer, nämlich die Aussprache über das zu Unrecht beanstandete Schreiben des Bundeskanzlers an Christian Fette. Die vierte Anfrage, die ein echtes, dem ganzen deutschen Volke in gleicher Weise am Herzen liegendes Anliegen vorbrachte — die Hilfe für die sowjetzonalen Grenzgebiete — führte erfreulicherweise zum erstenmal wieder seit längerer Zeit das ganze Haus zu einer Willenbekundung gegen die Barbarei der Sowjetdiktatur und für solidarische Hilfgemeinschaft zusammen.

Das Saarproblem, das in regelmäßigen Abständen von der SPD in den Vordergrund gerückt wird, gehört zu jenen Fragen, die niemals mit den Anschauungen und Methoden einer überalterten nationalstaatlichen Denkungsweise, etwa als „Grenzlandproblem“ im Stile von 1935, gelöst werden können. Das Bemühen des Kanzlers ist seit langem darauf gerichtet, diesen Konfliktstoff zwischen den beiden Nachbarvölkern zum Verschwinden zu bringen, selbstverständlich so, daß dem naturbedingten deutschen Rechtsanspruch Genüge geschieht. Dabei kann den verständlichen wirtschaftlichen Wünschen und Bedürfnissen des Nachbarlandes auch im eigenen deutschen Interesse Rechnung getragen werden. Wenn je irgendwo, so liegt hier ein Komplex vor, der jetzt die europäische Integration behindert, von der her er rückwirkend später mit Sicherheit bereinigt werden kann. Daher wird die Saarfrage auch all den Ministerrat des Europarats zur Verhandlung gebracht. Daß eine Veröffentlichung vorerst vertraulicher Vorgespräche in diesem Stadium der Lösung des Konfliktes nicht förderlich sein kann aber die allgemeine Vertrauensgrundlage in den Beziehungen, nicht nur zu Frankreich, schwer erschüttern müßte, hat der Kanzler in seiner Erwiderung betont. Ebenso ist im Hinblick auf die schwebenden Verfahren die Ablehnung einer Veröffentlichung von im übrigen noch gar nicht vorhandenen Rechtsgutachten über EVG-Vertrag und Bundesverfassung verständlich.

Zum Kanzlerbrief an den Vorsitzenden des DGB, dessen Schreiben keineswegs „mit Feinstift“ abgefaßt war, haben die CDU-Abgeordneten Pelster und Sabel, erfahrene Männer der Gewerkschaftsarbeit, die richtige Antwort gegeben. Dr. Adenauer braucht kein Wort aus seinem Schreiben zurückzunehmen, in welchem er auf den Eindruck hinwies, den die in bedenkliche Nähe der Kommunisten getratene Streikaktion gemacht hat. Diese Anfrage teilte das Schicksal der Gewerkschaftsaktion selbst, deren Verlauf die Initiatoren mit gemischten Gefühlen betrachtet haben.

Die Wahrheit siegt über Parteihetze!

Die Welt bestaunt das „deutsche Wunder“ des Wiederaufbaues in unserer sozialen Marktwirtschaft

Die industrielle Produktion der Bundesrepublik stieg seit der Währungsreform wie folgt:



Trotz schwerster Hemmungen durch Kriegsfolgen und Besatzungsmächte produziert die westdeutsche Wirtschaft heute 34 Prozent mehr als 1936

Verstärkte Ausfuhr deutscher Waren ermöglicht uns die Einfuhr der Rohstoffe und Lebensmittel, die wir nach Abtrennung der wichtigsten landwirtschaftlichen Produktionsgebiete durch den eisernen Vorhang und für die neun Millionen Ostvertriebenen dringend benötigen.

Hier das zweite „deutsche Wunder“:

Der monatliche Warenexport der Bundesrepublik betrug DM



Während 1950 die Importe noch um **3 Milliarden DM** höher waren als unsere Exporte, überstiegen 1951 die Importe die Exporte nur um **0,15 Milliarden DM** so daß 1951 nur noch 0,15 Milliarden zum Ausgleich fehlen.

Die westdeutsche Handelsbilanz ist also 1951 fast ausgeglichen, während der Fehlbetrag der Handelsbilanz im sozialistisch-planwirtschaftlich regierten England von rund 4 Milliarden DM 1950 auf rund 14 Milliarden DM 1951 anstieg!

Dem wirtschaftlichen Aufstieg in der sozialen Marktwirtschaft entspricht der soziale Fortschritt:

Wir schufen Arbeitsplätze für Millionen Arbeitslose!

Die Zahl der beschäftigten Arbeitnehmer betrug:

Im Jahre 1936 11,2 Millionen

Ende Sept. 1949 13,6 Millionen

Ende Sept. 1950 14,3 Millionen

Ende Sept. 1951 14,9 Millionen

Die durch Bombenkrieg und Demontage geschwächte Bundesrepublik beschäftigt also heute

3,7 Mill. Arbeitnehmer mehr als 1936 und

1,4 Mill. Arbeitnehmer mehr als 1948

durch die soziale Marktwirtschaft!

Die Kaufkraft der schaffenden Industriearbeiter stieg also in 3 Aufbaujahren von $\frac{2}{3}$ der Friedenskaufkraft auf über 100% der Friedenskaufkraft.

Diese Feststellungen wurden vom Deutschen Gewerkschaftsbund geprüft und nicht bestritten. Das sind die Tatsachen. Nur unehrliche Demagogen leugnen sie.

Etwa 20 Millionen Mitbürger

die heute aus dem Arbeitsertrag der Berufstätigen aller Art mitunterhalten werden, sind die soziale Hypothek aus dem Zusammenbruch des Hitlersystems, die niemand verschweigen und vergessen darf.

Was geschah für diese Millionen?

Auch die Löhne stiegen!

Die Durchschnittswochenverdienste der Industriearbeiter betragen:

Im Juni 1948 100⁰/₀ von 1938

Im Juni 1949 137⁰/₀ von 1938

Im Juni 1950 150⁰/₀ von 1938

Im Juni 1951 181⁰/₀ von 1938

Unter Berücksichtigung der Lebenshaltungskosten betragen die Reallöhne der Industriearbeiterschaft:

Im Juni 1948 66⁰/₀ von 1938

Im Juni 1949 86⁰/₀ von 1938

Im Juni 1950 99⁰/₀ von 1938

Im Juni 1951 108⁰/₀ von 1938

Der gesamte Sozialaufwand

im Gebiet der Bundesrepublik wurde trotz schwerster Finanznot unter Einsatz aller Finanzquellen in 2 Jahren unter der Regierung Adenauer

um über 60 Prozent gesteigert:



Außerdem jetzt jährlich fast 2 Milliarden Soforthilfe für die Lastenausgleichsberechtigten!

Das war nur möglich durch gewaltige Produktionssteigerung in der sozialen Marktwirtschaft ohne sozialistische Experimente!

Im einzelnen wurden aus Mitteln des Bundeshaushalts erhöht:

	1949	1950	1951	
Kriegsopferfürsorge	von 1,9	auf 2,8	auf 3,4	Milliarden
Sozialversicherung (u. Invalidenversicherung)	von 0,5	auf 0,7	auf 1,6	Milliarden
Arbeitslosenhilfe	von 0,6	auf 0,8	auf 1,0	Milliarde
Artikel 131 GG.	von 0,2	auf 0,4	auf 0,8	Milliarden
Subventionen (Lebensmittelverbilligung)	von 0,4	auf 0,5	auf 0,7	Milliarden
Sonstige Sozialleistungen (Wohnungsbau, Nothilfe Berlin, Kriegsfolgelasten)	von 1,3	auf 1,4	auf 1,5	Milliarden
Insgesamt	von 4,9	auf 6,6	auf 9	Milliarden

Über 47 Prozent der Bundesausgaben 1951 werden hiernach zur Linderung der durch Hitler verursachten sozialen Not verwendet. Dazu kommen 40 Prozent für Besatzung und Sicherheit und nur 0,4 Prozent für sämtliche Bundes-Zentralbehörden (Personal-, Bau- und Sachkosten „Bonner Aufwand!“).

Ziel der sozialen Marktwirtschaft ist nicht der Reichtum weniger, sondern die Wohlfahrt aller!

Korea-Krieg trieb Weltmarktpreise hoch!

Bonn hemmte Preisauftrieb in der Bundesrepublik

Beweis

Vom Frühsommer 1950 bis Herbst 1951 stiegen die durchschnittlichen Lebenshaltungskosten in:

Frankreich	um 22 Prozent
Italien	um 13 Prozent
Belgien	um 13 Prozent
Holland	um 12 Prozent
England	um 11 Prozent
USA	um 10 Prozent
Bundesrepublik	um 8 Prozent*
Schweiz	um 6 Prozent

*Durchschnittlich bei einem vierköpfigen Arbeitnehmerhaushalt, für Ernährung, Bekleidung, Miete, Heizung, Beleuchtung, Verkehrstarife, Genußmittel usw.

Der Deutsche Gewerkschaftsbund, dem entsprechende Unterlagen zur Stellungnahme übermittelt wurden, hat diese geprüft und nicht bestritten.

Diese Zahlen ergeben, daß die deutsche Industriearbeiterschaft am wirksamsten vor den Folgen des Korea-Konfliktes geschützt wurde

Die Löhne stiegen um 14 Prozent mehr als die Lebenshaltungskosten:

Die Steigerung des Verbrauchs wichtiger Konsumgüter bestätigt die Besserung der Existenzbedingungen breitester Volksschichten in unserer sozialen Marktwirtschaft trotz weltmarktbedingter Preiserhöhungen. In der Bundesrepublik stieg je Kopf der Bevölkerung der Verbrauch im Wirtschaftsjahr

von 1948/49 auf 1950/51

Fleisch	von 18 kg auf 36 kg	um ca. 100%
Trinkvollmilch	von 67 Ltr. auf 108 Ltr.	um ca. 60%
Zucker	von 19 kg auf 27 kg	um ca. 45%
Butter	von 4,5 kg auf 6,3 kg	um ca. 40%
Pflanzenfett	von 3,5 kg auf 10 kg	um ca. 180%
Käse	von 3,1 kg auf 5 kg	um ca. 60%

Nur Böswillige können behaupten, daß nur eine kleine Schicht von Wohlhabenden diese gewaltigen Mehrmengen verbraucht!

Demgegenüber

stiegen die Löhne durchschnittlich im gleichen Zeitraum in:

Frankreich	um 32 Prozent
Bundesrepublik	um 22 Prozent
Belgien	um 14 Prozent
Italien	um 13 Prozent
Holland	um 11 Prozent
USA	um 11 Prozent
England	um 9 Prozent
Schweiz	um 1 Prozent

Weitere Tatsachen zum Nachdenken:

1. Die Bundesregierung zahlt jährlich mehrere hundert Millionen DM Subventionen zur Aufrechterhaltung des Konsumbrotpreises, damit jeder das tägliche Brot weiter zum früheren Brotpreis kaufen kann.
2. Der Schuhverbrauch je 100 Einwohner, der 1948/49 135 Paar betrug, stieg in 1950/51 auf 183 Paar, also um 35%.
3. Der Bierausstoß stieg allein in einem Jahr von 1949/50 auf 1950/51 um fast 33%.
4. Der monatliche Zigarettenverbrauch stieg von 1,84 Milliarden Stück 1949 auf 2,63 Milliarden Stück in 1951 um 43%.
5. Die Zahl der zugelassenen Motorräder in der Bundesrepublik lag im Herbst 1951 fast 50% höher als im letzten Vorkriegsjahr, während die Zahl der zugelassenen Personenkraftwagen im Herbst 1951 nur 1% höher als im letzten Vorkriegsjahr lag.

All das ermöglichte die Bonner Politik der sozialen Marktwirtschaft!

A IV Sowjet. besetzte Zone

Bundestag protestiert gegen sowjetische Willkür

Mit den Stimmen aller Parteien — ausgenommen der Kommunisten — erhob der Bundestag am 18. Juni „vor aller Welt Protest gegen die Willkürmaßnahmen des menschenverachtenden Systems in der Sowjetzone, durch die Deutsche durch Deutsche getrennt werden sollen“. Der Bundestag erklärte die Evakuierungs- und Absperrmaßnahmen an der Zonengrenze als gesetzeswidrig. Er legte „feierliche Verwahrung dagegen ein, daß das Recht eines jeden Menschen auf Heimat grundlos und sinnlos mißachtet wird“. Die freie Welt wurde aufgerufen, ihre volle Aufmerksamkeit auf die Vorgänge an der Zonengrenze zu lenken und mit der Bundesrepublik in der Bereitschaft zusammenzustehen, den Flüchtlingen Hilfe und Beistand zu gewähren. Bundeskanzler Dr. Adenauer stellte in einer Regierungserklärung fest, die Bundesregierung werde alle Möglichkeiten wahrnehmen, um die für die Bevölkerung in den Zonengrenzgebieten lebensnotwendigen Wirtschaftsbedingungen neu zu ordnen. Darüber hinaus werde sie, soweit notwendig, die Hilfe der Besatzungsmächte in Anspruch nehmen. Bei der Betreuung der Flüchtlinge mache die Wohnungsfrage Schwierigkeiten. In Zusammenarbeit mit den Länderregierungen würde nach Möglichkeiten gesucht, durch Sondermaßnahmen die Unterbringung dieser Flüchtlinge an den Orten sicherzustellen, in denen ihnen Arbeitsplätze zugewiesen würden. Die Bundesregierung plane darüber hinaus, den durch die Sperrmaßnahmen betroffenen Unternehmen an der Zonengrenze Kredite zu verschaffen, damit die erforderlichen betrieblichen Umstellungen und Neueinrichtungen durchgeführt werden könnten. Die Anregung des FDP-Abgeordneten Preusker, die westdeutsche Bevölkerung zu einer freiwilligen Hilfsaktion für die Flüchtlinge aufzurufen, nahm Dr. Adenauer mit der Erklärung auf, das Bundeskabinett werde erörtern, wie diese Hilfsaktion am schnellsten in die Tat umgesetzt werden könne.

21. Juni 1952

C c Landesparteien

Berliner CDU billigt Deutschlandvertrag

400 Mitarbeiter aus Kreisverbänden und Ortsgruppen des Landesverbandes Berlin der CDU nahmen am 7. Juni nach einem Referat des Bundestagsabgeordneten Dr. Tillmanns über „Berlin und der Deutschlandvertrag“ die folgende Entschließung einstimmig an:

„Vorstand und Mitarbeiter-Versammlung der CDU Berlin sprechen dem Bundeskanzler anlässlich der Unterzeichnung der Verträge mit den Westmächten Dank und Vertrauen aus. Die Verträge sind ein entscheidender Schritt zur Einführung Deutschlands in die Gemeinschaft gleichberechtigter Völker und damit zur Wiedervereinigung unseres Landes in einem freien und geeinten Europa. Um unseres Volkes und des Friedens in der Welt willen hoffen wir auf die erfolgreiche Weiterführung der Verhandlungen zwischen den Großmächten über den Frieden mit einem freien und geeinten Deutschland. Wir sind der festen Überzeugung, daß diese Hoffnung um so eher in Erfüllung geht, je fester die Völker der freien Welt zusammenstehen. Die brutalen Sperrmaßnahmen, die jetzt über die Sowjetzone verhängt worden sind, zeigen, daß sich die kommunistischen Machthaber offenen Auseinandersetzungen über wirklichen Frieden und wirkliche Freiheit nicht gewachsen fühlen, und diese Schwäche verdecken sie durch Terror. Sie werden dadurch den inneren Widerstand der Deutschen in der Sowjetzone gegen ihre Zwangsherrschaft nur verstärken. Die nunmehr offen proklamierten sowjetischen Methoden der Bewaffnung unserer Jugend, die sogar deutschen Mädchen Gewehre in die Hand zwingen, decken den wahren Charakter des Bolschewismus auf. Jetzt erst recht müssen wir zusammenstehen zur Hilfe und Stärkung für die, die bedrückt werden. Das ist in erster Linie die Aufgabe des freien Berlin. Berlin braucht dafür mehr als bisher die Unterstützung aller Deutschen und der Völker der freien Welt. Wir appellieren an die Bundesregierung, an die Regierungen der Länder, an alle demokratischen Parteien, an Unternehmer und Arbeiter, ihre Anstrengungen zu vereinen, damit diese Hilfe schnell wirksam wird.

21. Juni 1952

A V g Baden-Württemberg

Verfassungsentwurf für den Südweststaat

Die Fraktionen der in der Regierungskoalition des neuen südwestdeutschen Bundeslandes vertretenen Parteien haben einen gemeinsamen Entwurf für die Verfassung des neuen Landes veröffentlicht. Er sieht für die öffentlichen Volksschulen die Form der christlichen Gemeinschaftsschule vor. Die zur Zeit im bisherigen Land Württemberg-Hohenzollern bestehende Konfessionsschule soll bis zu einer gesetzlichen Neuregelung bleiben. Diese Neuregelung soll jedoch spätestens bis zum 31. Dezember 1953 getroffen sein. Die Bevölkerung des Landes kann von der Regierung aufgerufen werden, über ein vom Landtag verabschiedetes Gesetz abzustimmen, sofern diese Volksabstimmung von mindestens einem Drittel der Landtagsabgeordneten verlangt wird. Vom Streikrecht bleiben die Beamten ausgeschlossen. Beim Mitbestimmungsrecht der Arbeitnehmer, das im einzelnen durch ein Gesetz geregelt werden soll, ist auf die besonderen Verhältnisse der Klein- und Mittelbetriebe und auf die Erhaltung der Unternehmer-Initiative Rücksicht zu nehmen. Die Einrichtungen und Veranstaltungen der anerkannten Kirchen und Religionsgemeinschaften dürfen nach dem Verfassungsentwurf nicht zu parteipolitischen Zwecken mißbraucht werden. Art und Höhe der Leistungen an die Kirchen, zu denen sich der Staat nach dem Entwurf verpflichtet, werden durch Gesetz oder Vertrag geregelt. Das badische Konkordat mit dem Heiligen Stuhl vom Jahre 1925 wird anerkannt, ebenso der im gleichen Jahre abgeschlossene Vertrag mit der Evangelisch-Protestantischen Landeskirche. Die Kirchen erhalten das Recht, in den christlichen Gemeinschaftsschulen den Religionsunterricht zu erteilen und zu beaufsichtigen. Die staatlichen Organe entscheiden und klären, wenn sich bei der Auslegung des christlichen Charakters der Volksschulen Zweifelsfragen ergeben. Die Eltern erhalten ein Mitwirkungsrecht an der Gestaltung des Lebens der Schule. — Auf einer Kundgebung in Crailsheim erklärte der Landesvorsitzende der CDU Nordwürttemberg, Simpfendörfer, über die Stellung, die die CDU zur Schulfrage einnehme, daß sie sich an die Grundsätze der Karlsruher Beschlüsse halte, zu denen sich noch am 10. November 1951 auch die maßgebenden Männer der beiden Koalitionsparteien offiziell bekannt hätten. Die christliche Gemeinschaftsschule solle in den Gebieten, in denen sie bereits bestehe, erhalten bleiben. Für Südwürttemberg aber solle die Gestaltung der Schulreform sich so vollziehen, wie sie bei dem Zusammenschluß der Länder bestanden habe.

21. Juni 1952

A III 1 a CDU/CSU

CDU schreibt an Deutsche Partei

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion hat am 17. Juni einen Brief der Fraktion der Deutschen Partei beantwortet, in der die DP-Fraktion ihre Stellungnahme über eine Rede des CDU/CSU-Abgeordneten Dr. Franz Josef Wuermeling vor dem Bundestag zum Auftreten früherer Nationalsozialisten zum Ausdruck brachte. In dem Brief der CDU/CSU wird vorgeschlagen, eine gemeinsame Kommission zu bilden, die den Fall bereinigen und sicherstellen soll, daß die bisherige gemeinsame Politik der beiden Parteien fortgesetzt wird. In dem Schreiben wird erklärt, weder die CDU/CSU-Fraktion noch der Abgeordnete Wuermeling hätten die Deutsche Partei beleidigen wollen. Wuermeling hatte in einer Debatte über eine Anfrage der Deutschen Partei zu Zwischenfällen auf DP-Versammlungen im hessischen Wahlkampf bedauert, daß Bundesminister mit ehemaligen nationalsozialistischen Führern gemeinsam in Versammlungen auftraten. Die Angriffe richteten sich besonders gegen den Frankfurter DP-Stadtverordneten Dr. Fritz Krebs, der in der nationalsozialistischen Zeit Oberbürgermeister von Frankfurt war.

21. Juni 1952

C c Landesparteien

Wahlblock gegen die Linke

CDU, FDP, DP, Zentrum und BHE in der Stadt Bielefeld wollen bei den nordrhein-westfälischen Kommunalwahlen im Herbst einen Wahlblock bilden. In der Bielefelder Ratsversammlung verfügt die SPD über die absolute Mehrheit.

21. Juni 1952

C c Landesparteien

Landesparteitag in Bremen

Der Landesverband Bremen in der Christlich-Demokratischen Union hielt am 15. Juni seinen diesjährigen Parteitag ab. Der Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Dr. von Brentano, gab einen Überblick über die außen- und innenpolitische Lage der Bundesrepublik. Die 80 Delegierten des Landesparteitages wählten zu ihrem neuen Landesvorsitzenden den Bremer Rechtsanwalt Dr. Heinrich Barth. Zu ordentlichen Mitgliedern des Vorstandes wurden bestimmt: Johannes Kühne, Fritz Thielen, Heinrich de Tschaschell, Johannes Kaum, Heinrich Nagel, Dr. J. E. Noltenius, Frau Helene Sommer, Dr. Rudolf Rübberdt, Karl Krammig, Wilhelm Filzen, Mins Minssen, Dr. Fettweiss, Claus Fassian, Fritz Erbel und Hermann Lingens als Landesgeschäftsführer. In einer Entschliebung sprachen die Delegierten Bundeskanzler Dr. Adenauer für seine außenpolitische Arbeit das volle Vertrauen aus. „Die Delegierten stehen hinter der Bundesregierung und der Bundestagsfraktion und werden im Lande Bremen diese Politik vertreten“, heißt es darin. Eine weitere Entschliebung befaßt sich mit der Kriegsgefangenen- und Interniertenfrage. Bundestag und Bundesregierung wurden aufgefordert, sich nach wie vor mit allen Mitteln für die Befreiung und die Heimkehr der Kriegsgefangenen und Internierten einzusetzen. In einer dritten Entschliebung wird der Landesvorstand der CDU Bremen gebeten, die Aufmerksamkeit der Bundesregierung auf den Rohstoffmangel des bremischen Schiffbaues und auf die Absatzschwierigkeiten der Fischereiwirtschaft zu lenken. Es wurde gefordert, daß die Kontingente an Grob- und Mittelblechen für den Schiffbau im vorgesehenen Umfang eingehalten werden und daß die Bundesrepublik im gleichen Maße am Osthhandel teilnehme wie die übrigen westlichen Länder.

21. Juni 1952

Saar-CDU beantragt Registrierung

Der Vorstand der Christlich-Demokratischen Union des Saarlandes hat am 14. Juni beim saarländischen Innenministerium die Registrierung der Partei beantragt. Die Vorstandsmitglieder haben sich gemäß dem saarländischen Parteigesetz schriftlich verpflichtet, die in der Saar-Verfassung niedergelegte demokratische Ordnung zu achten. Über den Registrierungsantrag muß die Saarregierung innerhalb eines Monats entscheiden. Die Deutsche Sozialdemokratische Partei an der Saar hatte bereits am 10. Juni ihren Antrag auf Registrierung eingereicht.

21. Juni 1952

Schlesiertreffen keine SPD-Veranstaltung

Die niedersächsische CDU wies am 17. Juni eindeutig alle Versuche der SPD zurück, das für das Wochenende vorgesehene Bundestreffen der Landsmannschaft Schlesien in Hannover durch Plakatanschläge zu einer parteipolitischen, Sonderveranstaltung zu stempeln. Die SPD hat die Schlesier für den 21. Juni zu einer Kundgebung eingeladen, auf der der zweite SPD-Vorsitzende Erich Ollenhauer und andere prominente SPD-Mitglieder sprechen wollen. Die CDU wendet sich vor allem gegen die auf den Plakaten enthaltene Parole: „Für Einheit in Freiheit, für ein ganzes ungeteiltes freies Deutschland mit der SPD“. Die CDU will sich mit eigenen Plakatanschlägen gegen den SPD-Aufruf wenden. Sie vertritt die Ansicht, daß das Treffen über alle Parteien hinweg eine rein schlesische Angelegenheit sei.

21. Juni 1952

A IV 3 a Allgemeines

Gewerbliche Wirtschaft will gehört werden

Der Bundeskanzler hat am 18. Juni Vertreter der im Gemeinschaftsausschuß der deutschen gewerblichen Wirtschaft zusammengefaßten zentralen Verbände empfangen und sie über den Inhalt und das Ergebnis seiner Besprechungen mit den Vertretern des DGB am 13. Juni unterrichtet. Er teilte ihnen den Wunsch der Gewerkschaften mit, daß die Sozialpartner von der Bundesregierung aufgefordert würden, dieser einen Entwurf über die Bildung eines Bundeswirtschaftsrates zu übermitteln. Die Vertreter des Gemeinschaftsausschusses erklärten sich hierzu bereit. Zu den gegenwärtigen Verhandlungen über das Betriebsverfassungsgesetz erklärten die Unternehmer, daß auch ihrerseits erhebliche Einwendungen gegen einzelne Bestimmungen des Gesetzentwurfes geltend gemacht würden. Sie legten daher Wert darauf, daß auch ihnen Gelegenheit gegeben würde, in gleicher Weise wie die Gewerkschaften mit denselben Vertretern des Parlaments vor Beendigung der Ausschluß-Beratungen zu verhandeln.

21. Juni 1952

A IV 1 e Kirchen

Freiburger Erzbischof stellt klar

Anläßlich einer Versammlung zur Karlsruher Oberbürgermeisterwahl hatte der damalige SPD-Kandidat und jetzige Oberbürgermeister von Karlsruhe, Günther Klotz, laut Bericht der „Badischen Neuesten Nachrichten“ behauptet, bei einer Audienz beim Erzbischof von Freiburg habe er (Klotz) erfragt, wie sich die Kirche der SPD gegenüber der heutigen Zeit einstelle. Darauf habe ihm der Erzbischof die SPD als staats- und kulturtragend bezeichnet.

Das Erzbischöfliche Ordinariat Freiburg hat darüber eine Berichtigung herausgegeben, in der es u. a. heißt: „... Dazu erklärt der Herr Erzbischof, daß er diese Äußerung nicht getan hat. Bei der Besprechung mit Herrn Klotz wies der Herr Erzbischof unter Zeugen ausdrücklich auf die weltanschaulichen Gegensätze hin, die zwischen der katholischen Kirche einerseits und dem Sozialismus bzw. der Sozialdemokratischen Partei andererseits bestehen. Der Herr Erzbischof legte an Hand von Einzelbeispielen dar, wie sehr und wie tief die weltanschaulichen Grundlagen auseinandergehen bei allem Bemühen um Ermöglichung notwendiger Zusammenarbeit in der Lebensgestaltung des Volkes. Er legte dar, daß wahre Kultur ihr Fundament in der geistigen Auffassung von der Welt hat, und daß deswegen das praktische Leben nach diesen grundsätzlichen Erkenntnissen und nach der Einsicht in die letzten Zusammenhänge des menschlichen Lebens mit den höchsten Wahrheiten gestaltet werden muß.“

21. Juni 1952

A IV f Nordrhein-Westfalen

NRW erstellte 130 000 Wohnungen

Die Leistungen des Landes Nordrhein-Westfalen für den Wohnungsbau stünden in der Bundesrepublik an erster Stelle, erklärte Wiederaufbauminister Dr. Schmidt in der Landtags-sitzung am 17. Juni. Sie seien fünfmal so hoch wie die des an zweiter Stelle stehenden Landes. 130 000 Wohnungen, davon allein 94 000 im sozialen Wohnungsbau, seien im vergangenen Jahr errichtet worden. Die gleiche Ziffer würde auch in diesem Jahre erreicht werden. Trotzdem könnte in den nächsten zehn Jahren der Bedarf an Wohnungen noch nicht gedeckt werden. Eine durchgreifende Senkung der Baukosten forderte der CDU-Abgeordnete Erkens. Alle Maßnahmen zur Aktivierung des Kapitalmarktes seien zu ergreifen. Die Beleihungsgrundsätze der Sparkassen müßten im Sinne eines zügigen Wohnungsbaues reformiert werden. — In der Landtagssitzung des folgenden Tages wandte sich Abgeordneter Erkens mit aller Schärfe gegen entstellende Berichte der nordrhein-westfälischen SPD-Zeitungen, die behauptet hatten, die CDU habe sich bei den Beratungen des Landtags am 17. Juni gegen den Bau von Wohnungen für Evakuierte und gegen die Erhöhung der Mittel für den Wohnungsbau ausgesprochen. Wie aus dem Protokoll der Sitzung hervorgehe, habe er als Sprecher der CDU zwar gegen eine noch stärkere Zweckbindung der Mittel des Wiederaufbauministeriums Stellung genommen, im übrigen aber wörtlich erklärt, daß „dem Evakuiertenwohnungsbau oder dem Wohnungsbau zur Rückführung von Evakuierten entscheidend Rechnung zu tragen“ sei.

21. Juni 1952

C c Landesparteien

Neuer Vorsitzender der Frankfurter CDU

Die Delegierten des Stadtkreisverbandes Frankfurt der Christlich-Demokratischen Union haben am 17. Juni Landgerichtsrat Dr. Wilhelm Fay einstimmig zum ersten Vorsitzenden gewählt. Stadtrat Dr. Ludwig Florian, der den Stadtkreisverband mehr als fünf Jahre leitete, hat aus beruflichen und gesundheitlichen Gründen auf eine Wiederwahl verzichtet. Dr. Fay gehört dem Frankfurter Magistrat als ehrenamtlicher Stadtrat an.

21. Juni 1952

A III 1 a CDU/CSU

CDU protestiert beim DGB

Die CDU-Fraktion des Bundestages beschloß am 17. Juni, einen scharfen Protest beim DGB-Vorstand einzulegen, weil die IG Druck und Papier jetzt diejenigen Drucker unter Drohung setze, die sich am Zeitungstreik nicht beteiligten. Sie sollen aus dem DGB ausgeschlossen werden. Dies aber widerspreche dem Geist der mit dem DGB getroffenen Vereinbarungen und mache die vorgesehenen Sachverständigenberatungen unmöglich.

21. Juni 1952

Falsch gefunkt

Der Nordwestdeutsche Rundfunk hatte sich auf einer Tagung in Hamburg mit Fragen der politischen Stellung und Haltung des Rundfunks beschäftigt. Zu der Tagung waren neben den führenden Rundfunkinteressenten eine große Anzahl von Politikern, Abgeordneten des Bundes und der Länder, Publizisten und Wissenschaftler eingeladen.

Auf der Tagung, die sich insbesondere mit der Unabhängigkeit und Überparteilichkeit des Rundfunks und zwar mit deutlicher Spitze gegen den Bund beschäftigte, kam auch eine Frage zur Erörterung, mit der wir uns mehrfach kritisch auseinandersetzen mußten, zuletzt in unserer Ausgabe vom 11. Juni, nämlich die angebliche „Parität“ von Bundesregierung und Opposition bei der Abwägung der politischen Sendungen.

Wie wir jetzt erfahren, hat Generaldirektor Dr. Grimme bereits mit seinen einleitenden Ausführungen und zwar in der vorsichtigen Form einer Fragestellung die „paritätische“ Verteilung von Kommentaren, Interviews, Zwiegesprächen, Sendezeiten usw. nach dem von uns scharf zurückgewiesenen Grundsatz einer Gleichstellung von Regierung und Opposition (gleich SPD) vorgebracht. Er hat sich dabei auf die unseres Erachtens unhaltbare und verfassungsrechtlich unmögliche These bezogen, daß die Bundesregierung ein Exekutiv-Organ allein der Koalitionsparteien sei und sich auf einen Beitrag von Prof. Werner Weber gestützt. In diesem Beitrag wird dann als Endergebnis einer Untersuchung der Rechtslage festgestellt, daß der Rundfunk der Bundesrepublik in seiner gegenwärtigen Gestalt, soweit menschliche Vorkehrungen reichen, gegen die Gefahr des politischen Mißbrauches gesichert sei.

Der Kieler Staatsrechtler Prof. von Mangoldt hat auf die von Dr. Grimme angeschnittenen Fragen ausführlich geantwortet. Es ist bedauerlich, daß dieses doch nicht unwichtige Grundsatzthema in dem Tagungsbericht der „Ansa“ den Informationsmitteilungen des NWDR, gar nicht erwähnt ist, und daß auch Prof. von Mangoldt im Gegensatz zu anderen Diskussionsrednern nicht genannt ist. Prof. von Mangoldt stellte fest, daß schon nach Artikel 20 des Grundgesetzes die vollziehende Gewalt ein Organ der vom gesamten Volk ausgehenden Staatsgewalt ist, keineswegs aber ein Exekutiv-Organ der Koalitionsparteien. Auch aus der Praxis der gesetzgebenden Arbeit ergibt sich der gleiche Tatbestand. Denn auch die Opposition ist unmittelbar und aktiv an der Gestaltung der gesetzgeberischen Arbeit beteiligt. Zahlreiche Gesetzesvorlagen werden auch mit Zustimmung der Opposition angenommen, man denke nur an Handelsverträge und an andere Abmachungen mit auswärtigen Mächten, bei denen die Bundesregierung als Vertretung des gesamten deutschen Volkes innerhalb der Bundesrepublik fungiert.

Gegen eine Gleichstellung von Bundesregierung und Opposition, wie sie etwa im Zweiparteiensystem Englands besteht und als verfassungsmäßige Institution anerkannt ist, spricht ferner die Tatsache, daß zur Opposition in der Bundesrepublik ja auch andere Parteien gehören als die hier als Partner untergeschobene SPD, wie Föderalistische Union, Kommunisten und Rechtsgruppen. Man kann sich also des Eindrucks nicht erwehren, als sollte mit dieser dann fallengelassenen und in der Be-

richterstattung unerwähnt gebliebenen Aktion des Herrn Dr. Grimme auf der Hamburger Rundfunktagung ein Standpunkt gewissermaßen wissenschaftlich untermauert werden, der in den von uns veröffentlichten Bemerkungen auf Wunsch eines NWDR-Vertreters erfreulicherweise als nicht existent bezeichnet wurde.

Im übrigen bedeutete die Fragestellung Dr. Grimmes nur die Bestätigung einer bisher geübten, auch seitens der CDU immer wieder angegriffenen Praxis. Durch eine solche Haltung, wie sie auf der Hamburger Tagung wieder zutage trat, und nach den Erfahrungen der Praxis scheint uns die so betont herausgestellte Unabhängigkeit und Überparteilichkeit des Rundfunks ein bisher keineswegs verwirklichtes Wunschbild zu sein.

Alle diese Vorgänge zeigen wieder, wie nötig es ist, daß nun das schon solange angekündigte, aber immer noch im Innenministerium schlummernde Bundesrundfunkgesetz herauskommt. Nur so können die Grundlagen für einen wirklich unabhängigen Rundfunk gelegt werden, der ebenso der politischen Meinungsbildung

wie den staatspolitischen Notwendigkeiten Rechnung trägt.

Zum gleichen Thema äußerte sich auch der DUD in einem längeren Beitrag, in dem es hieß:

„Auf der Hamburger Tagung kamen andere Meinungen zum Vorschein als die geflissentlich publizierten. Aber für die Berücksichtigung anderer Meinungen sind solche „Freiheits-Freunde“ ungenügend zu haben. Der Rundfunk gilt als „frei und unabhängig“, solange die SPD und einige angrenzende Gruppen den Ton angeben. Sobald aber mit der Überparteilichkeit und Freiheit Ernst gemacht werden soll, schreit man, ein „Staatsfunk“ drohe, und die heiligsten Güter seien in Gefahr.

Dieser Kampf um eine restliche Bastion aus den ersten Nachkriegs- und Besatzungszeiten muß mit Entschlossenheit und guten Nerven fortgeführt werden. Das Gerede von einem „Staatsfunk“ ist Unfug. Wohl aber wird angesichts der enormen Ostpropaganda, die in den verschiedensten Formen und auch besonders durch den Äther verbreitet wird, um unser Volk zu demoralisieren und niederzuhalten, der Freiheit auch auf diesem Gebiet eine Gasse gebrochen werden müssen.“

Einseitige Berichterstattung

Der NWDR gab, so wird uns aus Kiel geschrieben, in seinem Nachrichtendienst am 9. Juni um 21.45 Uhr folgende Darstellung der Etatteratungen des Schleswig-Holsteinischen Landtages:

„In Kiel begann heute der Schleswig-Holsteinische Landtag mit der 2. Lesung des Haushaltgesetzes für das Rechnungsjahr 1952/53. Während ein Sozialdemokratischer Fraktionssprecher betonte, daß in dem Haushalt die von der Bundesregierung beanspruchten 40% statt bisher 27% der Einkommen- und Körperschaftsteuer außer acht gelassen worden seien, erklärte der Fraktionsvorsitzende des Bundes der Heimatvertriebenen, Dr. Gille, daß von Seiten des BHE keine Bedenken vorlägen. Von dem dänisch gesinnten Südschleswighen Wählerverband erklärte der Abg. Münchow, daß es unmöglich sei, einen ausgeglichenen Haushalt zu verabschieden, solange die Bundesregierung keine finanzielle Hilfe für die Arbeitsbeschaffung zur Verfügung stelle. Die Freien Demokraten forderten, eine 3. Lesung über das Haushaltgesetz festzusetzen, wenn die finanziellen Auswirkungen des Lastenausgleichs und der Anteil an der Einkommen- und Körperschaftsteuer für Schleswig-Holstein zu übersehen sind.“

Der NWDR hat also mit Ausnahme des BHE nur den Oppositionsparteien in seiner Meldung Raum gegeben, während er die für die Gesamtdarstellung sehr wichtigen Ausführungen des Finanzministers, des Vorsitzenden des Finanzausschusses, des Sprechers der Wahlblockfraktion, der größten und die Regierung hauptsächlich tragenden Fraktion, in keiner Weise erwähnte! Wenn nur die Opposition zu Wort kommt, kann die Problematik des Stoffes niemals objektiv herausgestellt werden. Gegen eine derartig einseitige Berichterstattung durch einen Nachrichtendienst, der den Anspruch auf Objektivität erhebt, hat die Fraktion Deutscher Wahlblock Verwahrung eingelegt, zumal derartige Vorkommnisse in letzter Zeit öfter bemerkt werden mußten. Wenn die einseitige Personalpolitik des NWDR dazu führt, daß

die Objektivität in dieser Form preisgegeben wird, so erscheint es wirklich an der Zeit, hier einen Wandel zu schaffen.

Auf verschiedene an uns ergangene Anfragen teilen wir mit, daß unser Hinweis auf den für die Schneidung der Sendung vom 23. Mai Verantwortlichen, der „der CDU nahestehe“, sich nicht auf das Bonner Studio bezieht. Es handelt sich nach den uns vom NWDR gemachten Mitteilungen um einen Redakteur im Funkhaus Köln, der im allgemeinen die Bonner Bundestagssendungen bearbeitet und angeblich auch die Zusammenstellung der kritisierten Sendung vom 23. Mai vorgenommen hat.

Roter Landesvater schreitet Front ab

Es gehört zum beliebten Propagandarepertoire der SPD-Presse und ihr verwandter Organe, jedesmal mit hämischer Freude zu glossieren, wenn etwa Bundesinnenminister Dr. Lehr eine Bundesgrenzschutzformation sich ansieht und die uniformierten und mit Waffen ausgestatteten Männer in einer nun einmal in der ganzen Welt üblichen militärischen Aufstellung dem Vertreter ihrer vorgeschetzten Dienststelle sich präsentieren. Auch die der Sicherheit dienenden Polizeiposten am Amtssitz des Bundeskanzlers und des Bundespräsidenten in Bonn mußten bei ihrem Erscheinen sich allerlei mehr oder weniger witzige Bemerkungen gefallen lassen. Eisernes Schweigen herrschte aber im Blätterwald einer gewissen Presse, als Ministerpräsident Zinn, Hessens allgewaltiger Landesvater, zu seinem Geburtstag, also einer doch recht privaten Angelegenheit, in dem Garten seiner Dienstwohnung eine Ehrenhundert-schaft der Bereitschaftspolizei mit einer Kapelle der Schutzpolizei aufmarschieren ließ. Ein uns von einem Leser eingesandtes Bild zeigt den Landesvater, wie er, durchaus vorschrittsmäßig und von zwei Offizieren geleitet, die Front abschreitet. Wir gönnen Herrn Zinn seine „militaristische“ Geburtstagsfreude von Herzen. Aber was dem hessischen Ministerpräsidenten privatim recht ist, sollte dem Bundesinnenminister dienstlich billig sein!

Ein Mann, ein Deutscher, ein Christ

Unter stärkster Anteilnahme des deutschen Volkes, vor allem seiner bayerischen Landsleute, denen er aufs engste verbunden war, unter ehrfürchtigem Gedenken der Weltöffentlichkeit, ist Kardinal Dr. Michael von Faulhaber beigesetzt worden.

Dieser Kirchenfürst im wahrsten Sinne des Begriffes hat sich von dem, was man landläufig unter Politik versteht, ferngehalten. Trotzdem war er Politiker in einem höheren Sinne — ein Mann, der für die gerechten Anliegen der Polis, der Gemeinschaft, mit Bekennermut eintrat, der auch vor dem rücksichtslosen Einsatz der eigenen Person nicht zurückscheute. Es entsprach seinem Charakter in gleicher Weise, daß er im Jahre 1919 nicht einen Augenblick die Nerven verlor, als in seiner unmittelbaren Nähe der Bolschewismus tobte, und daß er (besonders in seinen historisch gewordenen Adventspredigten des Jahres 1933) mit gleicher Unerschrockenheit dem Nationalsozialismus sein „Es ist dir nicht erlaubt!“ entgegenschleuderte. Auf Grund seiner mannhaften Haltung war Kardinal Faulhaber auch nach dem Zusammenbruch von 1945 legitimiert, als einer der ersten seine Stimme gegen die brutale Vertreibung von Millionen deutscher Menschen aus dem Osten und Südosten zu erheben.

In diesen Zeilen, die in der Veröffentlichung einer Partei erscheinen, die keine Vermischung von Religion und Politik, aber immer ein politisches Handeln aus christ-

licher Verantwortung wünscht, muß daran erinnert werden, daß Michael von Faulhaber zu den verhältnismäßig wenigen Persönlichkeiten des deutschen öffentlichen Lebens zählte, die ihre ihnen von Gott zugewiesene Aufgabe klar erkannte und sich mit rückhaltlosem, männlichem Freimuth ihrer Erfüllung gewidmet haben. In diesem Zusammenhang drängt sich die bittere Erkenntnis auf, daß es um Deutschlands Schicksal heute besser bestellt wäre, wenn in den letzten Jahrzehnten auf verantwortungsvollen Posten mehr Männer vom Schlage Michael von Faulhabers gestanden hätten. Wir hatten viele Verantwortliche, die wohl Politiker, Diplomaten, Experten usw., aber nicht „Männer“ im echten Wortsinne waren.

So sollte das Ableben des Münchner Kardinals zum Anlaß erster Gewissenserforschung werden — einmal für alle, die für die Gemeinschaft Verantwortung tragen, darüber hinaus aber für das gesamte Volk, wieweit es gelernt hat, die Arbeit derer, die ihren Aufgaben nicht nur mit Routine, sondern unter vollem Einsatz ihrer Person (also mit wirklichem Mannesmut) gerecht zu werden trachten, durch Verständnis und vertrauensvolle Gefolgschaft zu würdigen.

Gewalt gegen Gewalt

Von unserem Pariser Mitarbeiter

Die Kommunisten Frankreichs haben sich noch nicht von der unangenehmen Überraschung erholt, die die letzten Wochen für sie bereithielten. Hat es doch eine Regierung gewagt, sie rücksichtslos an der Gurgel zu fassen. Jacques Duclos, der stellvertretende Generalsekretär der Partei, sitzt im Gefängnis und wird sich für seine Handlungen zu verantworten haben. Zwar verlangt niemand von ihm, sein kahles Haupt mit Asche zu bestreuen und sich reuevoll als „schleimige Kröte“ anzuklagen, wie dies in den Ländern des Ostens der Fall sein würde. Das sind Methoden, die in den demokratischen Staaten keine Geltung besitzen. Er kann sich verteidigen, wie er und seine drei Advokaten es für richtig halten. Die Arbeiterschaft, der man ihn schon jetzt als unschuldiges Opfer der „kapitalistischen Despoten“ vorstellen möchte, hat bereits gezeigt, daß sie andere Folgerungen aus dieser Gegenüberstellung gezogen hat. Sie macht nicht mit.

Frankreichs kommunistische Partei, nach Italien die zweitstärkste der westlichen Welt, hat sich daher entschlossen, eine neue Taktik anzuwenden. Nach dem Mißlingen ihres Versuchs, unter dem Schlagwort der „Demokratischen Union“ nichtkommunistische Kreise zu einem gemeinsamen Kampf zu gewinnen, paßt sie ihre Politik den internationalen Ereignissen an. Es ist offensichtlich, daß ihre Führer den Befehlen des Kremls blind gehorchen, so wie sie es 1939 taten, als der Krieg im Zeichen der deutsch-sowjetischen Freundschaft begann. Man darf in Frankreich beruhigt sein. So wie Edouard Daladier vor dreizehn Jahren, wird auch Antoine Pinay den Ansturm der inneren Feinde brechen.

Niemand verkennt den besonderen Charakter der blutigen Zwischenfälle des 28. Mai. Zum erstenmal in der Geschichte der bolschewistischen Kundgebungen in Frankreich sah man mit Nagelstöcken und ähnlichen Waffen ausgerüstete Schlägertruppen im Kampf mit der Polizei.

Während die Massen sich außerordentlich teilnahmslos verhielten, führten die roten Elitetruppen, hauptsächlich aus Arabern, spanischen Emigranten und Polen zusammengesetzt, die Schlacht nach einem strategischen Plan, der von der Parteileitung sorgfältig ausgearbeitet war. Ein Zeichen dafür, daß sich der Generalstab in der Rue de Chateaudun zum Äußersten

entschlossen hat. In Ermangelung begeisterter Volksmassen setzt er nun fanatische, im Straßenkampf ausgebildete Stoßtrupps unter der Führung ehemaliger Partisanenchefs ein. Die Manitous der KP haben begriffen, daß sie nicht mehr auf die Arbeiterschaft rechnen können, und beschlossen, ihre letzten Trümpfe auszuspielen. Was nicht in ihr Programm paßt, ist die Haltung der Regierung, die ebenso entschlossen ist, der Gewalt die Gewalt entgegenzusetzen.

„Das ist eure Demokratie!“ rief Duclos nach seiner Verhaftung den Journalisten zu und zeigte seine Handschellen. Aber der Heiligenschein des verfolgten Bekenntners verträgt sich schlecht mit seinem listigen Gesicht, das eher zu einem trüben Winkeladvokaten paßt als zu einem ehrsamem Konditormeister. Indessen tut er gut daran, an die Unterschiede zwischen unserer Demokratie und der seinigen zu erinnern. Herr Duclos empfängt nämlich in seiner geräumigen, komfortablen Zelle in der Santé Besuche nach Belieben. Er schreibt Briefe und Artikel für die „Humanité“. Er löffelt keine fade Gefängniskost aus einem rostigen Blechnapf, sondern seine Mahlzeiten werden in recht unproletarischen Porzellanschüsseln aus einem guten Restaurant geliefert. Was würde im umgekehrten Fall in der „Demokratie“ des Herrn Duclos geschehen sein? Es bedarf keiner Phantasie, um sich auszumalen, wie man im östlichen Paradies auf die geringste Opposition reagieren würde, von einer bewaffneten Revolte ganz zu schweigen.

Um die „Solidarität“ der Arbeiter mit dem „unschuldig schmachenden“ Bolschewistenchef zu demonstrieren, rief die Confédération Générale du Travail, die bekannte rote Gewerkschaft, zu einem unbegrenzten Generalstreik auf. „Ein voller Erfolg“, schreibt die „Humanité“, deren Artikel zweifellos schon längst bereitlag. In Wahrheit geschah — nichts. Alle Fabriken arbeiteten. Eisenbahn, Autobusse und Métro rollten wie immer, und nur bei Renault, der Hochburg der CGT, kam es zu unbedeutenden Zwischenfällen. Bezeichnend hierbei ist das Verhalten der Belegschaft eines Werkes, die sich seit einer Woche im Streik befand. Am Tage des befohlenen Generalstreikes nahm sie geschlossen die Arbeit auf, um sich von der kommunistischen Aktion zu distanzieren.

All dies ist keineswegs ein Trost für den „Märtyrer“ Duclos in seinem Luxuserker, und seine Genossen in der Parteileitung haben wieder neue, doppelte Sorgen. Sie sehen mit ungläubig-erstaunten Augen, wie wenig sich das französische Volk von ihrem Geschrei beeinflussen läßt. Sie sehen, wie ein Fell nach dem anderen davonschwimmt, und sie fühlen die bitterbösen Blicke eines höchst unzufriedenen Stalin drohend auf sich ruhen.

Marcel Cachin indessen, der altersschwache Direktor der „Humanité“, durch die Abwesenheit seines ebenfalls verhafteten Chefredakteurs André Stil einigermaßen verbittert, muß sich seine Leitartikel selbst aus den zitternden Fingern saugen. Er fand dabei ein neues Wort für die nichtkommunistischen Zeitungen, die er als „reptilianische Presse“ bezeichnet, womit seine Unsterblichkeit wenigstens als Sprachschöpfer gesichert ist...

Die Wahrheit siegt!

Das dieser Ausgabe beigefügte **Flugblatt** faßt die Tatsachenhinweise mehrerer vorausgegangener Flugblätter knapp und eindringlich zusammen. Es hat sich bei der Aufklärungsarbeit als besonders wirkungsvoll erwiesen u. ist bei den **Landesgeschäftsstellen** und **Kreisgeschäftsstellen** der CDU zu erhalten.

Die Feststellungen dieses Flugblattes widerlegen die von gegnerischer Seite verbreiteten Unwahrheiten und müssen

bis ins letzte Dorf und in den letzten Betrieb hinein bekannt werden!

Herausgeber: Bundesgeschäftsstelle der CDU Deutschlands, Bonn, Blücherstr. 14. Redaktion: Bonn, Pressehaus IV am Bundeshaus, Schließfach 102. Druck: Buch- u. Verlagsdruckerei L. Leopold, Bonn.